

daß der Generalsekretär besser gehen sollte. Noch vermeiden die Obergossen allerdings alles, was zur Unzeit Diskussionen um die Nachfolge befördern könnte. Im Politbüro wechselt die Leitung der turnusmäßigen Sitzungen von Woche zu Woche. Im Staatsrat spielt Politbüromitglied Günter Mittag den Ersatzmann, bearbeitet aber nur Routinekram.

Die Lähmung der SED-Spitze zeigt sich auch in der totalen Hilflosigkeit, mit der die DDR letzte Woche auf die Entwicklung in Ungarn reagierte. Die SED-Führung überläßt die Aufklärung von Volk und Partei allein den Funktionären der ZK-Abteilung für Agitation. Und die griffen letzte Woche, wie gehabt, in die Uraltkiste ihrer Propagandaformeln: Die Ereignisse in Ungarn seien Ergebnis „einer zügellosen Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die DDR“. Schuld am Desaster, so verbreitete sich ein Politbüromitglied im kleinen Kreis, sei, daß man der Jugend in den letzten Jahren zuviel Leine gelassen habe.

Kein Wort der Drohung aber gegenüber Bonn und Budapest. Anders noch als zu Beginn der ostdeutschen Völkerwanderung vermied die SED letzte Woche jeden Hinweis, die ungarischen Ereignisse gefährdeten die deutsch-deutschen Beziehungen oder gar die derzeitige Reisepraxis der DDR-Bürger nach Ungarn oder in den Westen.

Auch das ist ein Anzeichen von Führungslosigkeit: Das Politbüro vermeidet jeden Schritt, der den kranken Honecker später festlegen könnte.

Wieweit allerdings ein gesunder Honecker sich in der Deutschlandpolitik an Bonn und Budapest rächen könnte, steht dahin. Die DDR steht derzeit mit dem Rücken ganz nahe an der Wand:

▷ Eine deutsch-deutsche Eiszeit würde die angeschlagene DDR-Wirtschaft kaum verkraften.

▷ Eine plötzliche Drosselung der großzügigen Genehmigung bei Westreisen und Ausreisen von DDR-Bürgern würde den Druck im Kessel der „Hinterbliebenen“ schlagartig so sehr erhöhen, daß die SED-Führung sich erstmals vor einem neuen 17. Juni fürchten müßte.

Sollte Honecker bis zum DDR-Oktoberfest nicht wieder auf die Beine kommen, könnte es zunächst eine Übergangslösung an der Spitze von Staat und Partei geben.

Die heißt Egon Krenz. Der 52jährige Sekretär des Zentralkomitees, im Politbüro zuständig für die Sicherheit nach innen und außen, ist der einzige, den die Altenriege von Willi Stoph bis Erich Mielke und Hermann Axen als ihren ideologischen Stammhalter akzeptiert. Mit Krenz an der Spitze, so

das weitere Plankalkül, werde das Politbüro den für Mai nächsten Jahres anberaumten XII. Parteitag zwar überstehen, zugleich aber gezwungen sein, neue Gesichter in den Senioren-Klub zu holen. Wenn dann, etwa zwei Jahre später, die alte Garde aus biologischen Zwängen endgültig abtrete, werde auch Krenz fallen. Denn dann werde er mit der starren Ideologie der Alten identifiziert.

Wie es weitergeht, interessiert mehr noch als Bonn offenbar den „treuen Freund und Verbündeten“ (Politbüromitglied Jegor Ligatschow) in Moskau. Als am vergangenen Dienstag Ligatschow zu einem seit längerem geplanten Besuch der Landwirtschaft in der DDR eintraf, befand sich in seinem Gefolge ein unauffälliger Abgesandter des Genossen Michail Gorbatschow: W.L.

Mussatow, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU. Mussatow sondierte am Mittwoch bei Egon Krenz zu Hause die Lage.

Wichtigstes Ergebnis des Besuches: Kreml-Chef Gorbatschow kommt im Oktober persönlich zu den 40-Jahr-Feiern nach Ost-Berlin. Allerdings weniger, um die reformunwillige SED-Spitze zu stützen, als um die Wiedervereinigungseuphorie im Westen etwas zu dämpfen.

Die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung bekommt von dem, was „da oben“ vorgeht, bislang wenig mit, dank der absoluten Diskretion ihrer Medien. Der Normalbürger-Ost übt sich (noch) in einer Tugend, die er in 40 Jahren DDR bis zur Perfektion vervollkommen hat – in Fatalismus.

## „Das Faß läuft über“

Der Flüchtlingszuzug aus der DDR verschärft die Wohnungsnot, Experten warnen vor einer „Katastrophe“ und orten einen „Nährboden für Radikale“.

Im hintersten Eck der Bundesrepublik, in Passau vor der Nibelungenhalle, entdeckte vergangenen Mittwoch mitten im Getümmel der Trabis und Rotkreuz-Helfer der aus Bonn angereiste Regierungssprecher Hans Klein, wie gut doch die Westdeutschen sind.

„Menschliche, solidarische Instinkte, die wir schon fast vergessen hatten“, formulierte der CSU-Mann, hätten „diese

\* Am Montag letzter Woche in Freilassing.

Leute von drüben“ bei den Bundesbürgern erweckt.

Jede Menge Luftballons mit der Aufschrift „Herzlich willkommen“ hatten die Passauer aufgeblasen, den Flüchtlingstreck menschlich zu begrüßen. Um die Ankömmlinge in der Nibelungenhalle unterbringen zu können, strich die Direktion sogar Franz Lehárs Operette „Land des Lächelns“ vom Programm.

Die DDRler, bis zum Freitag abend vergangener Woche waren es bundes-



DDR-Flüchtlinge in Bayern\*: „Fast vergessene Instinkte“

weit rund 19 000 seit Anfang August, trafen in Passau auf das scheinbar unbegrenzte Wohlwollen ihrer reichen Väter. „Wir nehmen euch mit offenen Armen auf“, rief Kanzleramtsminister Rudolf Seiters. Der bayerische Ministerpräsident Max Streibl krönte die großen Worte durch noch größere: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ postulierte er in Passau – was auch immer er damit gemeint haben mag.

Arbeitgeber aus allen Teilen des Landes reisten in die Donaustadt, um sich einen Flüchtling zu keilen. Mit Plakaten vor der Nibelungenhalle wirbt auch der größte Hackfleischbrater der westlichen Welt um Mitarbeit: „Der Weg zu McDonald's ist ganz einfach.“

Täglich bis zu 200 Stellenangebote gehen derweil allein beim Übersiedler-Arbeitsamt in Gießen ein – „gerade so“, wundert sich Amtsleiter Wolfgang Dohmen, „als gäb's nicht fast zwei Millionen Arbeitslose hier“.

Doch die Bonner Republik zeigt den Neuankömmlingen ein falsches Gesicht. Allzusehnlich werden die Männer und Frauen in ihren stinkenden Trabis merken, daß sie zwar als Reservarmee für den Arbeitsmarkt und als Einzahler in die marode Rentenkasse hoch willkommen, im Grunde aber ähnlich überzählig sind wie viele Nachkommen der einst gerufenen Gastarbeiter, von denen 212 000 arbeitslos sind.

Hinter den Kulissen der Wiedervereinigungsoperette, die letzte Woche in Passau und Gießen gegeben wurde, tagten die Krisenstäbe in den Sozialministerien der Länder. Und während Bonner Politiker in den Lagern noch immer verbale „Willkommensgirlanden“ aufhängten, wie Sozialdemokraten im Bundestag spotteten, beschloß die Regierungskoalition letzte Woche, die Unterstützungszahlungen für arbeitslose Zuwanderer um 430 Millionen Mark pro Jahr zu kürzen – um „Neid und Mißgunst den Boden zu entziehen“, wie Innenminister Wolfgang Schäuble gestand.

„Heuchelei und Pharisäertum“ warf denn auch die Opposition der Bundesregierung vor. Das Kabinett Kohl habe die Zuwanderer aus der DDR mit einer „Politik der offenen Arme“ angelockt, die sich jetzt „allerdings als leer“ erwiesen, kritisierte am Donnerstag letzter Woche vor dem Bundestag die SPD-Abgeordnete Gerlinde Hämmerle.

Währenddessen wuchs in den Verwaltungen der westdeutschen Großstädte die Angst vor jedem neuen Flüchtling. Denn die Neuankömmlinge drängen auf einen Wohnungsmarkt, der so strapaziert ist wie kaum je zuvor (siehe Titelgeschichte Seite 32).

Den „nationalen Notstand“ sah im überfüllten Stuttgart bereits der christdemokratische Oberbürgermeister Man-



**Begrüßung von DDR-Flüchtlingen in Passau**  
„Politik der offenen Arme“

fred Rommel gekommen. Und in der Flüchtlingshochburg West-Berlin riet Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) allen Ostlern, die Stadt zu meiden.

In Bonn traf sich am Donnerstag vergangener Woche um Kanzler Kohl eine Koalitionsrunde, um Sofortmaßnahmen zur Eingliederung der Zuwanderer vorzubereiten, die nun auf den Wohnungsmarkt drücken. Eine Arbeitsgruppe soll unter anderem prüfen, ob Wohnungseigner mit Staatsprämien dazu ermuntert werden können, an DDR-Übersiedler und Polen-Aussiedler statt an Einheimische zu vermieten.

Doch nicht nur an Wohnungen mangelt es. Eine Expertenkommission der Bundes-FDP unter Federführung von Bildungsminister Jürgen Möllemann hat ausgerechnet, daß, wenn in den nächsten Jahren auch nur zwei Millionen Aus- und Übersiedler zuwandern, 37 000 Kindergartenplätze und 10 000 Lehrer fehlen werden.

„Niemandem“, meint der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück gleichwohl versprechen zu müssen, werde hierzulande durch die Aufnahme der DDR-Bürger etwas genommen. Dennoch drohen die Neuen aus der DDR der Auslöser für sozialen Unfrieden zu werden, womöglich auch für Veränderungen im Wahlverhalten der Westdeutschen. Denn der Trabi-Treck reiht sich ein in einen noch immer anschwellenden Zug von Zuwanderern. Allein in diesem Jahr erwarten Bonner Experten

▷ weit mehr als 100 000 DDR-Bürger (1988: 40 000), die als legale Übersiedler oder aber als Flüchtlinge, vor allem über Ungarn, einreisen;

▷ 350 000 deutschstämmige Aussiedler aus Polen, Rußland und Rumänien (1988: 240 000) sowie

▷ rund 120 000 Asylbewerber (1988: 103 000).

Die Zahl der Zuzügler wird allein in diesem Jahr mithin 0,57 Millionen erreichen – gegenüber 0,36 Millionen im Vorjahr. Und ein Ende der Einwanderungswelle ist nicht abzusehen. „Jeder zweite DDR-Bürger“, behauptete sogar schon die DDR-Malerin und Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, trage sich mit Fluchtgedanken – das wären acht Millionen Menschen.

Die Zahl derer, die auf legale Weise in den Westen ausreisen können, wird zumindest konstant bleiben – auch dann, wenn die Beton-

köpfe in Berlin-Ost den illegalen Auswanderern den Fluchtweg über Ungarn versperrten.

Groß ist nach wie vor auch das Potential der Deutschstämmigen aus Osteuropa, die den Bundesbürgern ins Haus stehen. 1,9 Millionen Aussiedlungswillige, schätzt das Rote Kreuz, leben in der Sowjetunion, 750 000 in Polen, jeweils 200 000 in Rumänien und in Ungarn.

Und auch der Zuzug von Asylbewerbern hält an – selbst aus Polen, obwohl dort Solidarność-Leute mittlerweile mit an der Regierung sind. Bislang vergebens hat der Kieler Sozialminister Günther Jansen (SPD) darauf hingewiesen, daß in Polen eine Entwicklung eingetreten sei, „die keine Gründe für Asylanträge bringt“.

„Erhebliche soziale Spannungen“, heißt es in der Begründung zu einem Gesetzentwurf der Bonner Regierungskoalition über die Einschränkung der Freizügigkeit der Zuwanderer, seien zu befürchten: „Über kurz oder lang“ drohe ein „Zusammenbruch“ des Versorgungssystems und der Unterbringung für die Aus- und Übersiedler.

Wohl eher über kurz. Binnen weniger Wochen muß für jeden DDR-Zuwanderer eine Wohnung gefunden werden. Doch die gibt es kaum irgendwo. In München etwa ist die Warteliste für Sozialwohnungen bereits jetzt zu einem Drittel von Aus- und Übersiedlern besetzt. Beim Wohnungsamt Stuttgart kommt jeder sechste Bewerber in der

4000 Namen starken Notfall-Kartei aus dem Osten.

„Absolut tot“, meldet die Hansestadt Lübeck, sei der örtliche Wohnungsmarkt. „Mainz ist vollkommen dicht“, erklärt der städtische Sozialdezernent Willi Abts. Stuttgarts Rommel berichtet: „Bei uns läuft das Faß über.“

In Nordrhein-Westfalen sind mittlerweile die Städte Bielefeld und Leverkusen so überlaufen, daß die Landesregierung sie für weitere Zuweisungen gesperrt hat. „Eigentlich“, heißt es im Düsseldorfer Sozialministerium, „geht gar nichts mehr.“ Dennoch sollen die NRW-Gemeinden allein in diesem Jahr 150 000 Ostler unterbringen.

Ein „ganz starker Drang“, urteilt ein Fachmann im Kieler Sozialministerium, ziehe die meisten Aus- und Übersiedler ausgerechnet in die ohnehin überlasteten Ballungszentren. Die Freiheit des Westens wird in den Augen vieler Zuwanderer aus dem trübe beleuchteten Realsozialismus durch die Glitzerlichter der großen Städte symbolisiert.

Hermann Schlachter, Bürgermeister des idyllischen Schwarzwaldörtchens Schluchsee, ließ einen ganzen Wohnblock für Übersiedler ausbauen, doch die Wohnungen blieben leer. Schlachter fuhr schließlich in die Lager, um Leute zu werben. Doch keiner wollte mit.

Zwingen kann sie niemand. Ein Zuweisungsgesetz, das der Bundestag im Juni verabschiedete, wird bislang nicht angewendet, weil es nur Ärger befürchten läßt. Ohnehin wäre eine behördliche Zwangsansiedlung bei jenen Zuwanderern kaum durchsetzbar, die sich nach der Einreise selbständig auf Quartiersuche machen. Und das sind erstaunlich viele. Zumal die DDR-Deutschen bei der Wohnungs- wie bei der Arbeitsplatzsuche vergleichsweise erfolgreich sind – aus Sicht vieler Westdeutscher sogar beängstigend erfolgreich.

Daß unter den DDR-Übersiedlern viele Gewinnertypen sind, hat zuerst der Wuppertaler Soziologe Volker Ronge entdeckt. Ronge verfolgte den Übersiedler-Schub, der 1984 in die Bundesrepublik kam, mit Reiheninterviews bis in die jüngste Zeit.

„Pioniere“ ist das Etikett des Wissenschaftlers für diesen Flüchtlingstyp mit dem „aktiven, selbstbewußten Integrationsverhalten“. So würde er wohl auch die Berlinerin Hannelore Schulz, 45, in der Lankwitzer Charlottenstraße einordnen, die mit ihrem Mann, einem Busfahrer, von Ost- nach West-Berlin kam und schnell eine Vier-Zimmer-Wohnung für nur 854 Mark warm fand. Sie war, ohne lange im Vorzimmer zu fragen, selbst zum Reinickendorfer Bezirksbürgermeister gestürzt und hatte ihn um Hilfe gebeten.

Vielen Übersiedlern, auch Familien mit Kindern, kommt zugute, daß in der



Zeltstadt für DDR-Flüchtlinge in Freilassing: „Nationaler Notstand“



Offerte für DDR-Flüchtlinge\* „Der Weg zu McDonald's“

DDR meist beide Ehepartner berufstätig sind. Ronges Klientel verfügte alsbald „durchweg über Einbauküche und Videorecorder“, ein eigenes Häuschen sei oft das „erklärte Ziel“.

Entsprechend proper sind die Kinder. Ronge: „Jugendliche Pioniere interpretieren ihre Schulzeit als ‚Arbeit‘ und mokieren sich über die Lässigkeit ihrer bundesdeutschen Mitschüler und die mangelnde Disziplin.“ Aber auch deutsche Spießigkeit und Überheblichkeit fand der Forscher bei den Neuen zur Genüge. „Von der in Sozialwohnungen lebenden Bevölkerungsschicht“, so sein Erfahrungsbericht, hätten sich viele Übersiedler bald „distanziert“: Da wohnten, meinten sie, doch die „Asozialen“.

Jeder sechste von denen, die jetzt über Ungarn gekommen sind, hatte, wie eine erste Untersuchung zeigt, daheim eine

eigene Datscha, ein Wochenendhaus. Weniger günstig ist die Sozialstruktur jener Übersiedler, die mit einer Ausreisegenehmigung aus dem Sozialismus in den Westen entlassen werden. Vorwiegend aus dieser Gruppe rekrutiert sich jene erschreckend hohe Zahl von Ex-DDR-Bürgern, die in der Bundesrepublik unter die Räder kommen.

Ein „wachsender Teil“ der Nichtseßhaften, registrierte in Stuttgart Egbert Köchling vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, bestehe aus einstigen Übersiedlern. Jeder dritte Tippelbruder, meldet die württembergische Caritas, sei einer aus dem Osten. In Frankfurt und Hamburg schätzen Sozialarbeiter, daß mittlerweile 40 Prozent der Wohnsitzlosen ehemalige DDR-Bürger seien.

Doch gerade diejenigen, die den Sprung in eine eigene Wohnung geschafft haben, machen damit die Lage für die einheimischen Wohnungssuchenden in den Städten nur noch schwieriger. „Schnell und dramatisch“, prognostizierte die *Stuttgarter Zeitung*, werde sich wegen der neuen Mieter aus dem Osten „der Kampf um die Wohnungen zuspitzen“.

„Was da an Zorn läuft“, spürt in West-Berlin der Alternative Michael-Haberkorn, Obdachlosenexperte der AL-Fraktion im Schöneberger Rathaus: Für die 11 000 einheimischen Dauer-Obdachlosen, fürchtet der Grüne, seien durch den massiven Zuzug aus dem Osten die Chancen für ein Dach über dem Kopf „auf Null gesunken“.

Bedrohlich erscheinen die Neuen aus dem Osten hierzulande folglich gerade

\* In Hengersberg (Niederbayern).

jenen, die selber hart um Job und Wohnung kämpfen müssen. Unbeliebt machen sich DDR-Kollegen auch an vielen Arbeitsplätzen, wo sie, die „Pioniere“, allzu fleißig sind. „Wenn die da zu arg ranklotzen“, beobachtete Wolfgang Siebeck, Personalchef der Firma Teroson in Heidelberg, „dann wird denen bedeutet, wie man zu arbeiten hat.“ Zugleich beschert gerade der Ruf, daß sie Ranklotzer sind, den Übersiedlern gute Chancen bei den Arbeitgebern.

Die Bundespost stellte 500 Arbeitsplätze für Ex-DDRler zur Verfügung – obwohl die Bundesanstalt für Arbeit dieses Sonderangebot rügte: „Übersiedler aus der DDR dürfen nicht bevorzugt werden“, erklärte die Vizepräsidentin der Anstalt, Ursula Engelen-Kiefer.

Fast jeder zweite, der zur Zeit bei Opel in Rüsselsheim im gewerblichen Bereich

Verteilung unter den rechtschaffenen Westbürgern – gegen Asylanten aus Übersee, aber für die Brüder aus der DDR – überholt: 32 Prozent der Westdeutschen, ermittelte Emnid im Auftrag des SPIEGEL, sind dagegen, die Aufnahme politisch Verfolgter zu limitieren, aber nur 28 Prozent hätten etwas einzuwenden, wenn der Zuzug der Deutschen von drüben kontingentiert würde.

In West-Berlin riskierte der AL-Mann Haberkorn vor Monaten den Zorn seiner Kollegen, weil er eine generelle Zuzugsbegrenzung für alle Auswärtigen – ob Asylant oder Honecker-Flüchtling – ins Gespräch gebracht hatte. Nun bemerkt er: „Die ganze Stadt diskutiert es.“

Vorher fordern nur die Berliner AL und einzelne SPD-Politiker, die deutsche „Zweistaatlichkeit“ als Folge des

West-Berliner Senat verlaublichen die evangelische und die katholische Kirche letzte Woche, die Probleme in der DDR seien durch eine Völkerwanderung von Ost nach West nicht zu lösen. Das Diakonische Werk wies auf die wohnungspolitischen Konsequenzen eines anhaltenden Zuzugs hin: „Wir steuern auf eine Katastrophe zu.“

In Katastrophenstimmung hatten Wohnungsbaupolitiker bereits im vergangenen Jahr versucht, Hauruck-Lösungen für eine Unterbringung der Neuen zu entwickeln. In einem Sonderprogramm für Aus- und Übersiedler stellte Bonn für dieses Jahr 750 Millionen Mark Fördermittel bereit, mit denen verstärkt Quartiere gebaut werden sollten.

Doch der naive Versuch, den jahrelang versäumten Sozialwohnungsbau nun für eine einzige Problemgruppe ganz schnell nachzuholen, erwies sich als Reifall: Vielen Bürgermeistern war nicht zu erklären, warum sie Bauland ausschließlich für die Fremden bereitstellen sollten und nicht für Einheimische in Wohnungsnot.

Neuer „Nährboden für Radikale“, warnte der Vorsitzende des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Jürgen Steinert, werde von jenen Baupolitikern bereit, die mit Fördergeldern eine „einseitige Begünstigung“ der Zuwanderer betreiben.

Im März wurde das Wohnbauprogramm gestoppt und durch eine *allgemeine* Sozialwohnungsförderung ersetzt. Eine gute Milliarde soll Wohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) dieses Jahr an Bauherren verteilen, die Sozialwohnungen errichten.

Doch all das Geld reicht bei weitem nicht. Nach Berechnungen des SPD-Städteexperten Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover, brauchen die Kommunen in den nächsten Jahren mindestens 13 Milliarden Mark für 130 000 neue Wohnungen pro Jahr.

Experten fragen sich zudem, ob das Wohnungsproblem in den Ballungsgebieten mit Geld überhaupt noch zu lösen ist. Denn knapper noch als Baugeld ist das Bauland. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel fürchtet, für die Zuzügler allzu viele „bisher jungfräuliche Grünflächen“ hergeben zu müssen.

Am meisten unter der Bauplatznot leidet die eingemauerte Halbstadt West-Berlin. „Quadratmeter für Quadratmeter“, sagt der Grüne Haberkorn, werde das letzte Stadtdün durch den eifrigen Wohnungsbau zugedeckt: „Nichts gegen neue Wohnungen – aber dann sollten wir den Grünflächenplan vergessen.“

Dabei werden selbst die derzeitigen Berliner Wohnungsbauprogramme voraussichtlich kaum Entlastung bringen. Zwar hat der Momper-Senat für die laufende Legislaturperiode neue Wohnungen versprochen – aber schon jetzt feh-



**Wohnungsbeschlagnahme in West-Berlin\*:** „Gefahr für die öffentliche Ordnung“

eingestellt wird, ist ein Werkstätiger aus dem Osten. Beim Landesarbeitsamt in Düsseldorf registrierten die Beamten einen Trend, der einheimische Arbeiter im Revier nervös machen muß: Viele Arbeitgeber beschränken ihr Stellenangebot ausdrücklich auf Übersiedler.

Was Wunder, daß sich bei Umfragen mehr und mehr Vorbehalte gegen die zugereisten Streber und Wohnungskonkurrenten zeigen. 46 Prozent der Bundesbürger, so errechneten kürzlich Demoskopien für das ZDF-Politbarometer, sind bereits jetzt gegen einen weiteren Zuzug von DDRlern. Bei den Anhängern der Republikaner wurden sogar 66 Prozent Übersiedler-Gegner gezählt. Damit scheint plötzlich die Sympathie-

Zweiten Weltkrieges voll zu akzeptieren, mithin die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen und DDR-Deutsche wie andere Ausländer auch zu behandeln, etwa wie Österreicher. Alle maßgeblichen westdeutschen Politiker hingegen halten, verfassungskonform, weiterhin an der Gleichsetzung von deutscher und westdeutscher Staatsbürgerschaft fest, einer Art Eintrittskarte für alle DDR-Bürger, die es westwärts drängt, nicht nur für politisch Verfolgte.

Allerdings mehrt sich seit Wochen die Kritik an allzu lautem Bonner „Willkommenschrei“ (*Tageszeitung*). Wie der

\* Am 1. September in Steglitz; l.: Sozialstadträtin Witt.

# Siegen oder untergehen

Auf dem Bremer Parteitag setzte sich Helmut Kohl gegen seine Widersacher durch, doch die Risse in der CDU wurden größer.

**H**elmut Kohl, soeben mit gut 77 Prozent als CDU-Chef wiedergewählt, thronte allein in der ersten Reihe des Podiums zu Bremen, ein mokantes Lächeln im Gesicht, ein kurzer triumphierender Blick nach rechts unten.



Parteitagsieger Kohl: „Dramatische Veränderungen“

Blaß hockte dort Lothar Späth bei seinen baden-württembergischen Delegierten; dem Mächtigen-Kanzler ohne Mumm und Mannen war gerade – am Montagabend vergangener Woche – inoffiziell seine Abwahl aus dem Parteipräsidium mitgeteilt worden. Ein großer Sieg für Kohl: Nun ist er die CDU.

Alle, die ihn jahrelang, erst heimlich, dann offener zu kritisieren wagten und schließlich gar stürzen wollten, sind nun im Staub. Späth, dem Zauderer, kam zu spät die Einsicht: „Ja, es wäre besser gewesen, wenn ich als Gegenkandidat zum Parteivorsitz angetreten wäre.“

Trotz der Stimmenverluste in Landtags- und Europawahlen, trotz der Zweifel an der politischen Gestaltungskraft Kohls scheute die Partei 14 Monate vor der Bundestagswahl den Sturz ihres Vor-

sitzenden auf offener Parteitagsbühne. Sie muß nun im Wahlkampf hinter ihm hertröten – bei gar nicht so schlechten Chancen, aber hohen Risiken.

Der Parteitag markiert das Ende einer Ära. Der entlassene Generalsekretär Heiner Geißler hatte in den zurückliegenden Jahren versucht, in neue Wählerschichten einzudringen und die CDU als reformfreudige Partei bei Jüngeren, bei Frauen und hochqualifizierter Facharbeiterschaft zu empfehlen – mit mäßigem Erfolg.

Mit dem Austausch des bräsigen Kohl gegen einen aufgeschlossenen Späth wollte Geißler seiner „neuen CDU“ mehr Glaubwürdigkeit verschaffen. Er scheiterte an Kohls Beharrungsvermögen und dem mangelnden Mut Späths. Die CDU schwenkt nun zurück auf einen gemäßigt konservativen Kurs. Kohl will die zu Geißlers Zeiten in die Enthaltung geflüchteten oder zu den Republikanern abgewanderten einstigen Stammwähler zurückgewinnen. Die Republikaner sollen aus dem Bundestag herausgehalten werden, da sie, als Koalitionspartner – noch – nicht gesellschaftsfähig, im Parlament das bürgerlich-konservative Lager entscheidend schwächen würden.

Kohl gab deshalb die bisher sorgsam gewahrte Position des großen Integrators in der CDU auf und suchte die offene Konfrontation mit dem Geißler-Flügel.

Gelingt ihm die Abwehr der Republikaner, dann wird, davon ist Kohl überzeugt, die bisherige CDU/CSU/FDP-Koalition die Bundestagswahl gewinnen, wenn auch knapp.

Die Kriegskasse der Regierung ist gut gefüllt. CSU-Finanzminister Theo Waigel hat, weniger pingelig als Vorgänger Gerhard Stoltenberg, neue Schulden gemacht. Und sollten die kommenden Tarifverhandlungen den Arbeitnehmern ordentliche Zuwächse bescheren, Kohl wäre es recht: Mehr Lohn und Gehalt bedeuten mehr Steuereinnahmen. Die Bundesbürger dürfen sich auf Wahlschenke freuen; die gerade beschlossene Besteuerung der Weihnachtsgratifikationen, ein großes Ärgernis, soll wieder aufgehoben werden.

Im Wahljahr wird zudem die zweite Stufe der Steuerreform fällig. Die Koali-

len 70 000. Und in den nächsten vier Jahren werden noch mal 10 000 Aus- und Übersiedler erwartet.

Auch anderswo kann der Wohnungsbau mit dem Zuzug nicht Schritt halten. In Hessen, wo die Regierung dieses Jahr „2500 Wohnungen für Aus- und Übersiedler schaffen“ wollte, steht noch keine einzige neue Wohnung. Als Erfolg melden die Wiesbadener vorerst lediglich, daß „79 Wohneinheiten“ für Aussiedler modernisiert worden seien.

In Nordrhein-Westfalen sind erst 40 Prozent der aufgestockten Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau von den Gemeinden abgerufen worden. Der Düsseldorf Stadtentwicklungsminister Christoph Zöpel (SPD) mahnte die Kommunen, „nun endlich mal Geld auszugeben“.

Kommunalpolitikern erscheint es jedoch, wie den Sozialsenatoren in den Stadtstaaten, oft erfolversprechender, das Wohnungsproblem mit Reserven aus dem Bestand zu lösen. In den Ballungszentren werden Listen mit leerstehendem Wohnraum und mit falsch belegten Sozialwohnungen angelegt.

Etwa 20 „schöne alte“ Häuser, die aus Spekulationsgründen leer stehen, fand Bremens Sozialsenator Henning Scherf (SPD) in seiner Hansestadt. Scherfs Konzept: „Spekulant werden von uns umzingelt, dann wird verhandelt – notfalls beschlagnahmt.“

Das harte Mittel der Wohnraumbeschlagnahme haben bislang nur die Berliner ausprobiert. So konfiszierte im Bezirk Steglitz die Stadträtin Gabriele Witt acht leerstehende Wohnungen zur Unterbringung von Zuwanderern. Das Beispiel macht Schule. Jetzt droht den Besitzern von 250 freien Wohnungen im Wedding die Zwangsbewirtschaftung.

Solche Maßnahmen sind in allen Bundesländern nach den Polizeigesetzen erlaubt, weil Obdachlosigkeit von den Gerichten als „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ anerkannt ist. Daß solche Gefahren in der Tat bestehen, räumt auch der Stuttgarter Rommel ein: Natürlich sei es ein „grober Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, wenn Menschen auf der Straße oder im Zelt sitzen müssen“.

Zelte sind vorerst nur als Übergangslösung errichtet. In Bayern, wo die meisten stehen, ist Sozialminister Gebhard Glück sicher, daß „Beschlagnahme nicht in Frage“ kommt.

Auch in Hessen, wo die Sozialpolitiker durch den Zustrom zum Aufnahmelager in Gießen vor besonderen organisatorischen Problemen stehen, sind die Regierenden, so Thomas Schulz vom Wiesbadener Sozialministerium, optimistisch, ohne das unpopuläre Mittel des Polizeirechts auskommen zu können – „es sei denn, die Mauer wird abgerissen“.

Doch so schlimm wird es wohl nicht kommen.